



Salar de Uyuni: Hier soll nicht nur Salz, sondern auch Lithium gewonnen werden. (JM, CC BY 2.0)

Bolivien zählt zu den 15 artenreichsten Ländern der Welt. Seit der Amtsübernahme des indigenen Präsidenten Evo Morales betont die Regierung den hohen Stellenwert des Umweltschutzes und der Erhaltung der Biodiversität. Die neue Verfassung von 2009 stärkt die Rechte der Natur, benennt als Ziele jedoch auch eine Industrialisierung und die Förderung von Rohstoffen. Das Spannungsfeld zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und indigenem Naturverständnis sorgt für Konflikte.

Biodiversität in Bolivien

Obwohl das Territorium Boliviens nur 0,2 Prozent der weltweiten Landmasse ausmacht, zählt der südamerikanische Binnenstaat zu den 15 Ländern mit der größten Biodiversität. Bekannt sind insgesamt 17.197 Tierarten, darunter 3.329 Wirbeltierarten sowie 13.564 Pflanzenarten. Mindestens 200 Arten gelten als vom Aussterben bedroht.

Auch für die biologische Vielfalt in der Landwirtschaft, die Agrobiodiversität, ist Bolivien bedeutend. Unter anderem stammen Tomate, Quinoa und Kartoffel ursprüng-

lich aus den Anden. In Peru und Bolivien sind insgesamt mehr als 4.000 unterschiedliche Kartoffelsorten bekannt.

Bolivien ist durch abwechslungsreiche Naturgebiete mit zahlreichen Ökosystemen geprägt. Die Anden mit den Hochebenen der Altiplanos befinden sich im Westen des Landes. Östlich davon schließen die subtropischen Täler der Yungas sowie die tropischen Tiefebene der Llanos mit der Wald- und Savannenregion Chaco sowie dem Regenwald des Amazonasgebietes an, der als artenreichste Region des Kontinents gilt.

Biodiversitätspolitik: Schutz und (nachhaltige) Nutzung der biologischen Vielfalt

Bolivien hat das Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD) im Juni 1992 unterzeichnet und 1995 ratifiziert. Das im Jahr 2000 beschlossene Cartagena-Protokoll, das den grenzüberschreitenden Handel mit gentechnisch veränderten Organismen (GMO) regelt, unterzeichnete das Land im Jahr 2000, die Ratifizierung

folgte 2002. Dem Nagoya-Protokoll von 2010 über den Zugang zu genetischen Ressourcen trat Bolivien Anfang 2017 bei.

Wie in den 2010 beschlossenen Aichi-Zielen der CBD verlangt, hat das Land einen umfassenden Strategie- und Aktionsplan zur Biodiversität erstellt. Laut dem Umwelt-

programm der Vereinten Nationen (UNEP) bestehen in Bolivien 167 Schutzgebiete auf 336.406 km² (entspricht fast der Fläche Deutschlands). Das sind gut 30 Prozent der bolivianischen Landesfläche von knapp 1.090 km². Damit liegt Bolivien deutlich über den laut den Aichi-Zielen angestrebten 17 Prozent der zu schützenden Land- und Binnenwassergebiete bis 2020.

In der 2009 in Kraft getretenen Verfassung, die im Rahmen des politischen Reformprojektes unter dem indigenen Präsidenten Evo Morales mit Unterstützung sozialer Bewegungen ausgearbeitet wurde, kommt der Erhaltung der Natur ein hoher Stellenwert zu. Das Verfassungsprojekt wird als Teil einer Neugründung des „Plurinationalen Staates Bolivien“ verstanden und will ausdrücklich an indigene Traditionen der Andenregion wie das Suma Qamaña (auf Spanisch: Vivir Bien/ Buen Vivir, etwa: gutes/erfülltes Leben) anknüpfen. Die Menschen haben laut Artikel 33 des Verfassungstextes „ein Recht auf eine gesunde, geschützte und ausgewogene Umwelt.“ Staat und Bevölkerung kommt die Aufgabe zu, „die natürlichen Ressourcen und die Biodiversität zu erhalten, zu schützen und nachhaltig zu nutzen, sowie das Gleichgewicht der Umwelt aufrechtzuerhalten“ (Art. 342). Das bolivianische Amazonasgebiet bilde „wegen seiner ökologischen Empfindlichkeit, der bestehenden Biodiversität, der Wasserressourcen und der ökologischen Regionen einen besonders schützenswerten strategischen Raum für die ganzheitliche Entwicklung des Landes.“ Auch die Rechte von Indigenen sowie Kleinbäuerinnen und Kleinbauern – Bevölkerungsgruppen, die häufig zum Erhalt der Biodiversität beitragen – nehmen in dem Verfassungstext breiten Raum ein.

Andererseits heißt es in Artikel 355: „Die industrielle Nutzung und Vermarktung der natürlichen Ressourcen ist eine Priorität des Staates.“ Diese sollen „nachhaltig“ erfolgen und dabei „die Eigenschaften und der natür-

Fakten zu Biodiversität in Bolivien

nachgewiesene Arten: 30.761

Tierarten: 17.197

Pflanzenarten: 13.564

Vom Aussterben bedrohte Arten: ca. 200

Gesamtfläche des Landes: 1.089.909 km²

Schutzgebiete: 167 auf 336.406 km²

Quellen:

<https://www.cbd.int/doc/world/bo/bo-nbsap-v2-es.pdf>

<https://www.protectedplanet.net/country/bol>

liche Wert jedes Ökosystems“ berücksichtigt werden (Art. 380). Somit bildet der Verfassungstext das Spannungsfeld zwischen indigener Kosmvision, die den ganzheitlichen Schutz und die nachhaltige Nutzung der Natur sowie der Biodiversität beinhaltet, und einem klassischen Entwicklungsmodell nach westlichem Vorbild ab. Die Regierung argumentiert etwa, dass der Extraktivismus, das heißt die Förderung von Rohstoffen, zunächst vertieft werden müsse, um eines Tages überwunden zu werden.

Im politischen Diskurs in Bolivien spielen „Pachamama“ (etwa: „Mutter Erde“) und Vivir Bien eine bedeutende Rolle und auch auf internationaler Ebene hat sich die bolivianische Regierung als Befürworterin eines stärkeren Klimaschutzes einen Namen gemacht. Mehrere Gesetze thematisieren die Rechte der Natur und den Schutz der Biodiversität, darunter das 2012 verabschiedete „Rahmengesetz über Mutter Erde und ganzheitliche Entwicklung für Gutes Leben“, das als Basis für weitere Regelungen in für die Biodiversität wichtigen Themenfeldern wie Wasser und Umwelt dient. Die wirtschaftliche Ausrichtung der Regierung sorgt jedoch weiterhin dafür, dass die Biodiversität des Landes gefährdet ist.

Gefährdung der Biodiversität

Durch das auf Wirtschaftswachstum basierende, extraktivistische Entwicklungsmodell wird die biologische Vielfalt unmittelbar bedroht. Vor allem die Entwaldung stellt eine große Gefahr dar. Seit 1990 sind mit etwa 70.000 km² mehr als zehn Prozent der bolivianischen Waldfläche gerodet worden. Dafür verantwortlich ist vor allem die Ausweitung von Weide- und Agrarflächen für die industrielle Landwirtschaft im östlichen Tiefland. Das Departamento Santa Cruz ist am stärksten von Entwaldung betroffen. Gefährdungen für die Biodiversität gehen auch von der Art der praktizierten Landwirtschaft aus. Wenngleich es in Bolivien einen starken kleinbäuerlichen Sektor gibt, hat sich der Pestizideinsatz in der Landwirtschaft zwischen 2007 und 2017 versechsfacht. Dafür verantwortlich sind in erster Linie die im östlichen Tiefland verbreiteten Monokulturen von Soja und anderer Pflanzen. Allein Soja, das überwiegend gentechnisch verändert ist, wird bereits auf 1,3 Millionen Hektar an-

gebaut. Laut einem Beschluss der Regierung vom März 2019 soll die Anbaufläche um weitere 250.000 Hektar für die Produktion von Biodiesel ausgeweitet werden. Aber auch Kleinbäuerinnen und Kleinbauern greifen teilweise auf Pestizide zurück.

Zudem ist Bolivien ein Land mit langer Bergbautradition, die bis in die Kolonialzeit zurückreicht. Seit 2005 hat die Regierung zunehmend die Kontrolle über die heimische Rohstoffförderung gewonnen und konnte die staatlichen Einnahmen steigern. Die Förderung natürlicher Ressourcen wie Erdgas und Bergbauprodukten wie Zink, Blei, Zinn, Kupfer, Gold und Silber hat aber trotz verschärfter Auflagen weiterhin negative Auswirkungen auf die biologische Vielfalt. Insbesondere Rückstände aus Bergbauaktivitäten haben häufig verheerende Folgen für Menschen und Umwelt in den betroffenen Regionen. Eine verbreitete Folge ist die Verschmutzung von Böden und Gewässern. Die bolivianische Regierung hat sich



Protestmarsch der TIPNIS-Bewohner*innen nach La Paz in 2011 (Dani Gu CC BY-NC 2.0)

ausdrücklich zum Ziel gesetzt, die Rohstoffe des Landes weiter zu erschließen. Geplant ist etwa der Abbau der immensen Lithium-Vorkommen in dem Salzsee Salar de Uyuni, die zum Beispiel zur Produktion von Batterien für Elektroautos benötigt werden. Im Gegensatz zu früheren Zeiten soll der Großteil der Einnahmen nicht außer Landes fließen, sondern für die Entwicklung der eigenen Wirtschaft und die Bekämpfung der Armut eingesetzt werden. Der bolivianische Staat hält an allen Joint Ventures mit Privatunternehmen die Mehrheit der Anteile. Mit ACI Systems Alemania (Acisa) plant auch eine deutsche Firma die Gewinnung von Lithium in Bolivien. Gemeinsam mit dem bolivianischen Staatsunternehmen Yacimientos de Litio Bolivianos (YLB) sollen ab 2021 bis zu 50.000 Tonnen Lithiumhydroxid jährlich produziert

werden. Damit erhält die deutsche Wirtschaft direkten Zugriff auf den strategisch wichtigen Rohstoff, der für den Ausbau der Elektromobilität, den die Bundesregierung anstrebt, unabdingbar ist. Während Deutschland durch die Zurückdrängung des Verbrennungsmotors ökologischer werden soll, werden Umweltprobleme in Rohstoffförderländer wie Bolivien ausgelagert. In der Kritik steht der Lithiumabbau beispielsweise häufig wegen seines hohen Wasserverbrauchs.

Negative Auswirkungen auf die Biodiversität haben auch Infrastrukturprojekte wie etwa die geplante Verbindungsstraße zwischen Hochland und Tiefland. Diese soll durch den als geschütztes indigenes Territorium anerkannten Nationalpark Isiboro Sécure (TIPNIS) in den Yungas führen.

Widerstand, Konflikte und Alternativen

Im Vergleich zur Situation in vielen seiner Nachbarländer, stellt Bolivien für Land- und Umweltaktivist*innen in der Regel kein lebensbedrohliches Umfeld dar. Die internationale Nichtregierungsorganisation Global Witness zählte für das Jahr 2017 keinen Mord an Umweltschützer*innen in Bolivien. Doch der Widerspruch zwischen dem auf Extraktivismus basierenden Wirtschaftsmodell und der Stärkung indigener Prinzipien wie der Bewahrung der Natur führt immer wieder zu Konflikten. Kritiker*innen des Extraktivismus werden regelmäßig als Feinde des Fortschritts verunglimpft, da die Regierung die Förderung der Rohstoffe als unabdingbar darstellt,

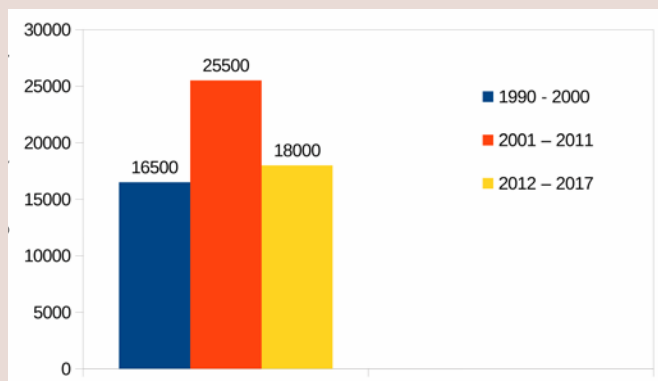
um das Land wirtschaftlich zu entwickeln und die Armut zu überwinden. Der symbolträchtigste Konflikt betrifft den geplanten Bau der Fernstraße, die das bolivianische Hochland mit dem Tiefland bis nach Brasilien verbinden soll. Ziel des Straßenbaus ist die bessere Anbindung der Andenregion für den Transport von Waren. Die Strecke würde direkt durch das artenreiche indigene Schutzgebiet Territorio Indígena y Parque Natural Isiboro Securé (TIPNIS) führen, ein Teil der Straße ist bereits gebaut. Die in dem Gebiet lebenden indigenen Gruppen der Yuracaré, Mojeño Trinitario und Chiman fühlen sich durch den geplanten Straßenbau bedroht und fürchten, dass

illegale Holzfäller oder Erdölfirmen auf ihre Territorien vordringen könnten. Auch werfen sie der Regierung Morales vor, eine Ausweitung des Kokaanbaus durch im TIPNIS bereits ansässige Siedler*innen anzustreben. 2011 organisierten die Bewohner*innen der Region einen 500 Kilometer langen Protestmarsch nach La Paz. Ein daraufhin verabschiedetes Gesetz soll einen Straßenbau direkt im TIPNIS verhindern. Vom Tisch sind die Pläne jedoch nicht, der Konflikt dauert weiter an.

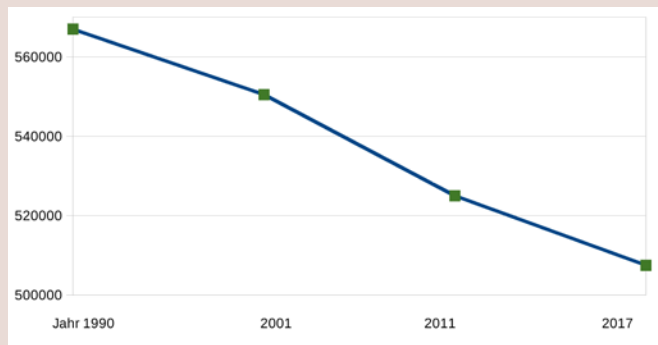
Bolivien verfügt über starke soziale Bewegungen, die sich auch für Biodiversität einsetzen. Indigene Bewegungen wehren sich häufig gegen wirtschaftliche

Modernisierungspläne, die negative Auswirkungen auf die biologische Vielfalt in ihren Territorien hätten. Kleinbäuerliche Organisationen wollen agrarökologische Konzepte stärken und fordern eine Landwirtschaft ohne Gentechnik und Pestizide.

Abholzung der Wälder in Bolivien, 1990 bis 2017 (Nettoentwaldung in km² ø/Jahr)



Ausdehnung des natürlichen Waldes in Bolivien 1990 bis 2017, Fläche in km²



Quellen: <https://inesad.edu.bo/dslm/2019/01/nuevos-datos-sobre-la-deforestacion-en-bolivia-hasta-finales-del-2017/>, <https://www.cbd.int/doc/world/bo/bo-nbsap-v2-es.pdf>

Quellen

Bickel, Ulrike: Uso de plaguicidas por productores familiares en Bolivia. Impactos en la salud, los ecosistemas y la economía campesina. Alternativas agroecológicas y conclusiones para lograr una orientación hacia una mayor sostenibilidad, unter: https://www.welt-ernaehrung.de/wp-content/uploads/2018/11/Plaguicidas-en-Bolivia_tesis-UBickel.pdf


<https://www.cbd.int/countries/profile/default.shtml?country=bo>
Estado Plurinacional de Bolivia: V. Informe Nacional CBD. Vivir bien en armonía con la Madre Tierra 2015, unter: <https://www.cbd.int/doc/world/bo/bo-nr-05-es.pdf>
www.globalwitness.org/en/campaigns/environmental-activists/defenders-annual-report/

Ministerio de Medio Ambiente y Agua: Política y Estrategia Plurinacional para la Gestión Integral y Sustentable de la Biodiversidad. Plan de Acción 2019 – 2030, unter: <https://www.cbd.int/doc/world/bo/bo-nbsap-v2-es.pdf>
Politische Verfassung. Plurinationaler Staat von Bolivien, unter: http://www.bolivia.de/fileadmin/Dokumente/Presse-Medien_Df%2BSp/Interessante%20Dokumente/CPE_aleman.pdf

Dieses Factsheet ist Teil einer Reihe von Factsheets zu „Biodiversität in Lateinamerika“.

IMPRESSUM

Herausgeber:

fdcl  Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V.
Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin
www.fdcl.org

Autor: Tobias Lambert
Layout: STUDIO114.de | Michael Chudoba
Druck: Druckzuck GmbH | Reichenberger Str. 124 | 10999 Berlin
Gedruckt auf 100% Altpapier aus CO₂ neutraler Produktion (Envirotop).

FDCL-Verlag, Berlin 2019



Diese Arbeit ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht-kommerziell – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz (CC BY-NC-SA 4.0).

Mit freundlicher Unterstützung der LEZ Berlin und gefördert von Engagement Global im Auftrag des BMZ



Für den Inhalt dieser Publikation ist allein das FDCL e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben weder den Standpunkt der LEZ Berlin oder von Engagement Global gGmbH und des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit wieder.